

Prof. Dr. Roland Roth

Engagement im Quartier – aktuelle Tendenzen und Herausforderungen

Beitrag zum Fachworkshop „'Unterm Radar' – Mikro-Engagement und sozialer Zusammenhalt“ der AG „Engagement und soziale Gerechtigkeit“ des BBE

1. Ein Rückblick auf eigene Erfahrungen

Die Auseinandersetzung mit benachteiligten Quartieren und den Handlungsmöglichkeiten ihrer Bewohnerinnen und Bewohner hat eine lange Geschichte. Sie ist eingeschrieben in die Entwicklung der Sozialen Arbeit als Profession und hat Konzepte wie Community Organizing, Stadtteilarbeit und Empowerment hervorgebracht. Intellektuelle Wegbegleiter sind z.B. Saul Alinsky, Loic Wacquant oder Francois Dubet und Didier Lapeyronnie. Solche Traditionen und Perspektiven gilt es zu entdecken und deren Resultate zu berücksichtigen, wenn es um bürgerschaftliches Engagement in „Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf“ geht - eine Begrifflichkeit aus dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“.

Ein Beitrag zu dieser Spurensuche wäre sicherlich ebenso reizvoll wie notwendig, verläuft doch die engagementpolitische Debatte in diesem Themenfeld eigentümlich traditionslos. Dennoch möchte ich mit drei persönlichen Erfahrungen beginnen.

Erfahrung 1: Projektgruppe Frankfurter Berg

In der 2. Hälfte der 1970er Jahre arbeitete ich in einer Projektgruppe in einem Stadtteilprojekt, das aus Mitteln eines Modellprogramms gegen Jugendarbeitslosigkeit im Rahmen des Bundesjugendplans finanziert wurde. Es war in einem Frankfurter Stadtteil angesiedelt, der als einer der hessischen „sozialen Brennpunkte“ galt. Wir erreichten vor allem Jugendliche, die im öffentlichen Raum in lockeren Cliques unterwegs waren. Die gemeinsame Freizeitgestaltung in der Clique stand im Zentrum des eher informellen Engagements dieser Jugendlichen. Es war einerseits nach innen von Solidarität und Selbstorganisation geprägt, andererseits traten die Cliques nach außen immer wieder destruktiv und aggressiv auf. Aber auch nach innen gab es autoaggressive und selbstzerstörerische Tendenzen. Über einen Zeitraum von drei Jahren gelang es uns durch einen eigenen Treff im Stadtteil, zahlreiche Projekte (z.B. öffentliche Fahrräder, eine Stadtteilzeitung) und mit den Jugendlichen gemeinsam entwickelten Gruppenangeboten (Wohngruppe, Mädchengruppe etc.), die solidarischen Potentiale in diesen Jugendcliques dauerhaft zu stärken (vgl. Projektgruppe ‚Frankfurter Berg‘

1981). Über die Schulen des Stadtteils war es zudem möglich, einige der „familienzentrierten“ Jugendlichen anzusprechen.

Mit Blick auf das Tagungsthema lässt sich festhalten, dass es – zumindest zur damaligen Zeit – in Jugendcliquen nicht nur störende und verstörende Aktivitäten gab, sondern gleichzeitig weniger sichtbare Formen des informellen Engagements und der gegenseitigen Hilfe. Diese Ambivalenzen von Solidaritäten und zugleich selbstschädigenden Praktiken können zum Ausgangspunkt von Lernerfahrungen werden. Andere Perspektiven und Alternativen „von außen“ können dabei einen Unterschied machen. Es genügt nicht, diese verborgenen Praktiken zu entdecken; es kommt vielmehr darauf an, sie gemeinsam mit den Akteuren so zu verändern, dass von den Beteiligten Auswege aus marginalen und subalternen Lebenslagen gefunden werden können.

Erfahrung 2: Poor People's Movements und Obdachlosenproteste in den USA

Ein Forschungsaufenthalt in den USA ermöglichte es mir 1997/98 „poor people's movements“ und Obdachlosenproteste in den USA näher zu studieren. Zu dieser Zeit gab es in einigen US-Großstädten eine sehr rege Bewegungsszene mit imponierenden Strategien. Sie reichten von Suppenküchen und Zeltstädten, die demonstrativ auf öffentlichen Plätzen von Initiativen wie „food not bombs“ aufgebaut und meist sehr schnell von der Polizei abgeräumt wurden, bis hin zu Platzbesetzungen an Ausfallstraßen und Verkehrsknotenpunkten, um die zahllosen Pendler im Stau auf die verbreitete Obdachlosigkeit als Form „verschärfter Armut“ aufmerksam zu machen. Unter der Bedingung fehlender oder schwacher sozialstaatlicher Absicherungen blühte eine vielfältige Protest- und Initiativenszene, die um Aufmerksamkeit im Kampf um knappe öffentliche und private Mittel kämpfte. Das Initiativen-Handbuch von San Francisco z.B. war damals dicker als das lokale Telefonbuch. Einige Initiativen waren in diesen Kämpfen durchaus erfolgreich, aber eine nachhaltige Stärkung sozialer Bürgerrechte für alle blieb aus.

Mein Fazit aus Besuchen und Beobachtungen fiel widersprüchlich aus. Einerseits boten die Obdachlosenproteste reichlich Anschauungsmaterial für die kreative Handlungsfähigkeit marginalisierter Bevölkerungsgruppen (Roth 1997). Mit disruptiven Protesten können sie ihre politische Verhandlungsposition verbessern. Bei näherer Betrachtung waren ihre Mobilisierungen aber meist von ressourcenstarken UnterstützerInnen abhängig, wobei sich politische und Menschenrechtsgruppen auf Dauer als weniger zuverlässig erwiesen als kirchliche und karitative Hilfsorganisationen (Roth 2000). Andererseits ist es trotz beachtlichen Engagements und lokaler Erfolge nicht gelungen, die ohnehin schwachen sozialen Sicherungssysteme zu stärken bzw. deren weiteren Abbau zu verhindern. Die Mobilisierungen von sozial Schwächeren geraten offensichtlich schnell an Systemgrenzen, wenn es ihnen nicht gelingt, entsprechende Resonanzen im politischen Zentrum zu erzielen und breite Solidaritäten zu stiften. Maßstab für die Auseinandersetzung mit dem Engagement in sozial benachteiligten Quartieren sollte es deshalb stets sein, ob es gelingt, Einfluss auf die gesamtstädtische bzw.

föderale sozialpolitische Agenda zu nehmen – sonst bleibt es notwendig bei Verteilungskämpfen zwischen verschiedenen marginalisierten Gruppen.

Beispiel 3: Hartz IV und Proteste in Ostdeutschland

In der aktuellen Debatte über Gefährdungen des sozialen Zusammenhalts und den Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte wird oft eine zentrale Weichenstellung übersehen. Im Sommer 2004 nahmen in Magdeburg auf Initiative einer Einzelperson die Montagsproteste gegen die Hartz-Gesetzgebung ihren Anfang, an denen sich in den Folgemonaten, teils über Jahre hinweg mehrere Millionen Menschen beteiligten. Die Ankündigung von „Hartz IV“ löste die größte Welle von Sozialprotesten in der Geschichte Deutschlands aus. Die Erfolge blieben jedoch gering. Das Gesetz trat Anfang 2005 in Kraft. Nur einige wenige „Giftzähne“ waren dem ursprünglichen Entwurf gezogen worden. Die repressive Grundstruktur einer zwangsweisen staatlichen „Aktivierung“ blieb ebenso erhalten wie eine Sanktionspraxis (z.B. stufenweise Streichung der Leistungen bis auf Null), die eine Abkehr von zentralen sozialstaatlichen Normen der Nachkriegszeit bedeutete: Garantie einer menschenwürdigen Existenz und gesellschaftlicher Teilhabe. Befragungen von Demonstrierenden im Herbst 2004 u.a. in Magdeburg haben zwei zentrale Motive deutlich gemacht. Sicherlich standen bereits vor der Umsetzung der Reformen soziale Abstiegsängste und die Angst vor einer Ausgrenzung der nachwachsenden Generation im Vordergrund. Aber mindestens ebenso stark war bei den Protestierenden in Ostdeutschland die Empörung darüber, bei dieser zentralen sozialpolitischen „Reform“ der Nachkriegszeit überhaupt nicht gefragt worden zu sein (Roth 2005).

Aus einer schlicht ökonomischen Perspektive mögen die Hartz-Reformen durchaus als erfolgreich gelten. Schließlich ging es damals um die Herstellung, ja Erzwingung eines Niedriglohnsektors. Dessen weitgehendes Fehlen in Deutschland schien zu dieser Zeit noch eine zentrale Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit und die schwache Konjunktur. Von einem der hinteren Plätze in Sachen Niedriglohnsektor hat sich Deutschland seither mit an die Spitze der OECD-Länder setzen können. Aber auch die sozialen und politischen Kosten dieses „Erfolgs“ – von der Verzweigung der Sozialdemokratie über das Anwachsen einer Armutsbevölkerung bis zum rechtspopulistischen Aufschwung - sind offensichtlich, auch wenn sich solche Entwicklungen nicht auf eine Ursache allein reduzieren lassen.

Folgerungen für das Themenfeld Engagement und soziale Gerechtigkeit

Für das Themenfeld „Engagement und soziale Gerechtigkeit“ enthalten die drei Beispiele einige Merkposten für die aktuelle Debatte: (a) Auch in benachteiligten Quartieren und Milieus gibt es vielfältiges Engagement bis hin zu Protesten und sozialen Bewegungen. Unterstützung durch Dritte spielt bei ressourcenschwachen Akteuren eine wichtige Rolle. (b) Ihre unmittelbaren Erfolge beschränken sich jedoch oft auf die aktive Gruppe selbst. Zu grundlegenden Veränderungen (soziale Bürgerrechte, Reduzierung gesellschaftlicher Ungleichheit etc.) fehlt es ihnen an Kraft und gesellschaftlichem Rückhalt. Im Gegenteil erscheint Armut und Marginalität durchaus „nützlich“, wenn es unter neoliberalen und austeritätspolitischen Vorzeichen darum geht, Beschäftigungsverhältnisse zu „entsichern“. (c) Engagement gerät in

diesem Umfeld in eine ambivalente Lage. Das Idealbild „unentgeltlichen“ bürgerschaftlichen Engagements setzt materielle Sicherheiten durch Erwerbsarbeit, sozialstaatliche Garantien oder familiäre Unterstützung voraus. Deshalb kann es nicht verwundern, dass bürgerschaftliches Engagement dort das höchste Niveau erreicht, wo – wie in den nordischen Ländern oder den Niederlanden – materielle und wohlfahrtsstaatliche Sicherheit noch am besten gewährleistet ist (Blinkert/Klie 2018). Gleichzeitig ist mit den wachsenden Löchern im Netz sozialer Sicherungen, zu denen in Deutschland die Hartz-Gesetzgebung erheblich beigetragen hat, ein notgeborener Typus von Engagement stärker geworden. Freiwilliges Engagement wird zu einem zentralen Element einer neuen Mitleidsökonomie, in der engagierte Wohltätigkeit an die Stelle sozialer Rechte tritt (Projektgruppe „Neue Mitleidsökonomie“ 2018). Am deutlichsten wird dies am Beispiel der „Tafeln“, die vor 25 Jahren aus vorwiegend ökologischen Motiven („Lebensmittel retten“) entstanden sind und Anfang 2018 nach eigenen Angaben mit rund 60 Tausend überwiegend ehrenamtlichen UnterstützerInnen 1,5 Millionen Bedürftige versorgen. Um eine berühmte Formulierung, die Johann Heinrich Pestalozzi zugeschrieben wird („Wohltätigkeit ist die Ersäufung des Rechts im Mistloch der Gnade“), zu variieren, sollte gelungenes Engagement im Quartier nicht dazu beitragen, soziale Rechte im „Mistloch“ des wohltätigen Engagements zu ersäufen. Freiwilliges Engagement in benachteiligten Quartieren und zugunsten von ärmeren Bevölkerungsgruppen muss sich daran messen lassen, ob es bei aller notwendigen Hilfe perspektivisch zur Stärkung sozialer Bürgerrechte, zumindest aber zu Empowerment und Selbstorganisation beiträgt. Ohne materielle Absicherungen und sozialstaatliche Garantien bleibt das „Recht auf Engagement“ ein Privileg der Bessergestellten und Bessergebildeten. Es schließt jene nachhaltig aus, die zum Objekt einer Mitleids- und Almosenkultur gemacht werden.

2. Unterm Radar: Mikro-Engagement¹ und das Engagement Benachteiligter

Der Titel der Tagung verweist auf ein öffentlich kaum wahrgenommenes Engagement in sozialen Kontexten, deren Entwicklung insgesamt als problematisch angesehen wird. Es geht um Engagement in Armutsquartieren, abgehängten Stadtteilen bzw. Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf – so einige der gängigen und offiziellen Bezeichnungen. Es gibt dieses Engagement, und es wird sicherlich unterschätzt. Es wahrzunehmen und zu würdigen ist auch moralisch und bürgerschaftlich unabdingbar, weil es den Ausgegrenzten ihre Handlungsfähigkeit (agency) belässt und damit ihre Würde und Zugehörigkeit wahrt (citizenship).

¹ Unter „Mikro-Engagement“ verstehe ich in diesem Zusammenhang Formen des Engagements, die für eine breitere Öffentlichkeit wenig sichtbar z.B. in Form wechselseitiger Unterstützung in den Alltag von Nachbarschaften und informellen Akteursgruppen, wie z.B. Jugendcliquen eingebettet sind. Sein Beitrag für den lokalen sozialen Zusammenhalt dürfte erheblich sein. Dieses Verständnis unterscheidet sich von einer gängigen Definition aus dem Nonprofit-Management, die vor allem auf den Umfang des Engagements abhebt: „Micro-Engagement – The practice of engaging constituents in communication or relationship through various forms that require only small portions of time, attention, money or other involvement“ (Raley 2011). In der Regel geht es heute dabei dann um digitale Formate (s. Hinz u.a. 2014).

Gelegentlich erfährt das Engagement in benachteiligten Quartieren wissenschaftliche Aufmerksamkeit. Erinnerung sei in jüngerer Zeit an die Göttinger Studie „Wer organisiert die „Entbehrlichen“? (Hoeft u.a. 2014), in der einige „Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter“ gewürdigt werden, oder an die Studie von Leiv Eirik Voigtländer über die zivilgesellschaftliche Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen, die auf qualitativen Interviews basiert und die Bedeutung sozialer Bürgerrechte hervorhebt (Voigtländer 2015).

Der gemeinsame Nenner dieser Fallstudien lautet, das Engagement der „Entbehrlichen“ und „Prekarisierten“ findet unter spezifischen Rahmenbedingungen statt, die dafür wenig förderlich sind und als Engagementbarrieren wirken. „Empowerment“ und ähnliche Strategien verweisen auf die Notwendigkeit, gesamtgesellschaftliche Auswege aus Armuts- und Deklassierungslagen zu suchen und zu finden – und sie nicht zu reproduzieren. Engagementförderung muss sich in diesen Kontexten die Frage gefallen lassen, ob sie solche Auswege thematisiert und eröffnet.

Große repräsentative Befragungen bestätigen immer wieder, dass freiwilliges Engagement stark von Ressourcen abhängig ist, d.h. Bildung, Einkommen und ökonomische Sicherheit wichtige Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement sind. Der Zweite Engagementbericht verweist z.B. auf eine Allensbach-Studie von 2013 nach der 38 % der Arbeiter, aber 52 % der beruflich Höhergestellten engagiert sind. Liegt das Haushaltsnettoeinkommen unter 1.750 € dann liegt das Engagement bei 36 %, ab 3.000 € Haushaltsnettoeinkommen liegt es bei 52 % (BMFSFJ 2017: 196). Ähnliche Aussagen enthält der letzte Freiwilligensurvey mit Daten von 2014. Der FWS 2014 verweist zudem auf einen kumulativen Effekt: „Die Wahrscheinlichkeit sich freiwillig zu engagieren sinkt, wenn ungünstige Ressourcenausstattungen wie beispielsweise ein niedriger Bildungsstatus und Arbeitslosigkeit zusammentreffen, und sie steigt, wenn förderliche Ressourcen aufeinandertreffen“ (Simonson u.a. 2017: 439).

Leider wird bei dieser Argumentation gerne übersehen, dass sich auch rund ein Drittel der Befragten in prekären Lebenslagen engagiert. Wie ist das möglich, wo liegen die Besonderheiten dieses Engagements, auf welche Barrieren trifft es und welche Strategien zu ihrer Überwindung sind besonders wirkungsvoll? Leider werden solche Fragen bislang nicht näher untersucht. So gibt es zwar Detailstudien zum Engagement von Jugendlichen und von älteren Menschen, von Frauen und von Männern oder von Menschen mit Migrationsgeschichte, aber das Engagement von ressourcenschwachen Gruppen ist bislang unterbelichtet. Hierauf wäre bei künftigen Engagementberichten und Surveys zu achten, soll es nicht bei der immer richtigen, aber engagementpolitisch letztlich wenig konkreten Forderung nach einer verbesserten individuellen Ressourcenausstattung bleiben. Immerhin bietet der Zweite Engagementbericht ein längeres konzeptionelles Kapitel zum Thema „Daseinsvorsorge und Engagement“, das einen weiteren Rahmen für die empirische Aufhellung des Engagements von benachteiligten Gruppen abgeben könnte (BMFSFJ 2017: 318ff.).

3. Sozialräumliche Polarisierungstendenzen und sozialer Zusammenhalt

Allgemein akzeptiert ist die Aussage, dass bürgerschaftliches Engagement zum sozialen Zusammenhalt beitrage. Ob dies generell oder unter nur spezifischen Bedingungen und für nur ein spezifisches Engagement gilt, ist weithin unerforscht.

Die akademische Debatte über diese sozialwissenschaftliche Grundfrage ist facettenreich und strittig (vgl. die unterschiedlichen Zugänge bei Heitmeyer/Imbusch 2005; Köppl 2013; Bedorf/Herrmann 2016). Eine gewisse Nähe zum Thema Engagement weist z.B. ein von einem Bremer Forschungsteam entwickeltes und empirisch erprobtes Analysekonzept auf, das sozialen Zusammenhalt in drei Bereichen (soziale Beziehungen, Verbundenheit, Gemeinwohlorientierung) mit insgesamt neun Dimensionen (Soziale Netze, Vertrauen in Mitmenschen, Akzeptanz von Diversität/ Identifikation, Vertrauen in Institutionen, Gerechtigkeitsempfinden/Solidarität und Hilfsbereitschaft, Anerkennung sozialer Regeln, gesellschaftliche Teilhabe) konzipiert (Dragolov u.a. 2016). Nach internationalen Vergleichen und Regionalstudien hat die Forschungsgruppe jüngst eine umfassende Studie zum sozialen Zusammenhalt in Deutschland mit einigen spannenden Ergebnissen vorgelegt:

- Mit wachsender Armut sinkt der soziale Zusammenhalt. Armut und Armutsgefährdung stehen an erster Stelle, wenn es um die Beschädigung des sozialen Miteinanders geht. Maßnahmen, die gesellschaftliche Teilhabe fördern, sollten deshalb Priorität haben, wenn es um die Stärkung des sozialen Zusammenhalts geht.
- Instrukтив sind auch die Befunde zur Bedeutung von Zuwanderung. Danach ist eine Vielfalt an Lebensstilen und kultureller Diversität kein Hindernis für ein gelingendes Miteinander, angesichts der Tatsache, dass die Akzeptanz von Diversität dort höher ist, wo viele Migranten leben (Arant u.a. 2017: 13).
- Engagement kann ein wichtiger Beitrag zum sozialen Miteinander sein. Die Forschungsgruppe empfiehlt deshalb eine Stärkung und Erneuerung der lokalen Engagementstrukturen. Sie müssen „inklusive und flexibler werden, damit auch die gesellschaftlichen Gruppen angesprochen werden, die das traditionelle Ehrenamt bislang nicht erreicht hat. Grundsätzlich sollten Verwaltung und Politik das bürgerschaftliche Engagement noch ernster nehmen als gestaltende Kraft auf Augenhöhe und nicht als Lückenbüßer für fehlende Mittel der öffentlichen Hand“ (Arant u.a. 2017: 14).

Ein Forschungsverbund, der sich weitgehend am Bremer Konzept des sozialen Zusammenhalts orientiert, ist 2017 diesen lokalen Bedingungen und Herausforderungen im Detail nachgegangen. Die Ausgangsfrage lautete „Wie steht es um den sozialen Zusammenhalt in Deutschland nach der starken Zuwanderung von Geflüchteten in den letzten Jahren?“. Mit vergleichsweise großem methodischen Aufwand (Repräsentativbefragung, qualitative Interviews, Medienanalyse etc.) wurden vier Städte (Dessau-Roßlau, Dortmund, Lippstadt und Rostock) untersucht. Die genannten Befunde konnten bestätigt und präzisiert werden. Dabei

überraschte, dass trotz der Unterschiedlichkeit der untersuchten Orte der soziale Zusammenhalt überall insgesamt robust und belastbar war.

Deutlichere Unterschiede in den verschiedenen Dimensionen des sozialen Zusammenhalts sind jedoch innerhalb der Kommunen auf Quartiers- und Stadtteilebene anzutreffen. Quartiere mit einer sozial schwächeren Bevölkerung bleiben in zahlreichen Dimensionen des sozialen Zusammenhalts deutlich hinter denen der bessergestellten Stadtbezirke zurück, was aber keinen direkten Zusammenhang mit der Akzeptanz von Vielfalt hat, denn die ist in stärker von Migration geprägten, aber sozial eher schwachen Innenstädten am größten. Nicht zu übersehen sind allerdings Anzeichen für eine Polarisierung des Meinungsklimas in Sachen Zuwanderung und Vielfalt mit einer deutlichen Minderheit von 15 bis 23 Prozent, die sich von der wachsenden Vielfalt eher bedroht sieht. Auch geschlechtsspezifische Unterschiede beim Sicherheitsgefühl sollten ernst genommen werden: So berichten 30 Prozent der Frauen in Dortmund und 25 Prozent der Frauen in Lippstadt (etwa doppelt so viel wie Männer), dass sich ihr persönliches Sicherheitsgefühl in den letzten zwei Jahren (etwas) verschlechtert hat.²

4. Unzureichende Engagementpolitik im Quartier

Die zitierten Studien haben klare gemeinsame Botschaften:

- Von einer allgemeinen Bedrohung des sozialen Zusammenhalts kann keine Rede sein. Allerdings kumulieren sich Problemlagen und Herausforderungen in benachteiligten städtischen Quartieren und peripheren ländlichen Regionen. Sozialräumliche und quartiersbezogene Strategien sind deshalb dringlicher denn je.
- Der soziale Zusammenhalt wird in erster Linie durch die massive Wiederkehr „klassischer“ Problemlagen gefährdet: durch Armut und Armutsgefährdung, durch Unterversorgung mit Wohnraum und einer teils maroden öffentlichen Infrastruktur von Kitas und Schulen bis hin zum öffentlichen Nahverkehr.
- Der daraus erwachsende Eindruck, von der Politik vernachlässigt und vergessen worden zu sein, hat die Distanz zur Politik insgesamt deutlich vergrößert und deren Legitimation geschwächt.
- Zuwanderung und wachsende Vielfalt sind nicht die Ursachen dieser Entwicklungen. Deren Akzeptanz ist nach wie vor beachtlich. Aber sie tragen - besonders in benachteiligten Ankunftsquartieren - zur Verschärfung vorhandener Problemlagen bei (z.B. auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt). Diese Quartiere benötigen deshalb besondere öffentliche Aufmerksamkeit und Förderung.

² Ausführlicher Gesemann u.a. (2018: 8f.).

- Sollte dies nicht geschehen, besteht die Gefahr, dass Zuwanderung künftig noch stärker, als dies schon der Fall ist, zur Chiffre für desintegrative Entwicklungen aller Art wird und politische Polarisierungen zunehmen.

Sozialer Zusammenhalt wird auch durch alltägliche Begegnungen und freiwilliges Engagement gestiftet. Für die Engagementförderung in benachteiligten Quartieren scheint die Engagementpolitik bislang nur unzureichend vorbereitet und ausgestattet zu sein. Dies war bereits das zentrale Ergebnis einer Befragung von mehr als einhundert Freiwilligenorganisationen in Quartieren der „sozialen Stadt“, an der ich 2014 mitgearbeitet habe (Gesemann/Roth 2015). Schon die Ressourcenausstattung (Personal- und Sachmittel) der befragten Freiwilligenorganisationen ist vergleichsweise bescheiden: Knapp ein Viertel der Einrichtungen muss ohne hauptamtliches Personal auskommen und basiert daher vor allem auf ehrenamtlichem Engagement; knapp 60 Prozent haben maximal eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter. Zwei Drittel der Freiwilligenorganisationen verfügen über ein Jahresbudget von unter 50.000 Euro. Die Ergebnisse unserer Befragung bestätigten weitgehend die Schlussfolgerungen der Studie von Speck u.a. (2012: 199f.) zu Freiwilligenagenturen in Deutschland. Angesichts der zumeist „rudimentären Ressourcenausstattung“ sei es allenfalls zu einer „prekären Institutionalisierung“ gekommen.

Die befragten Freiwilligenorganisationen verfügen dennoch über ein vielfältiges Leistungsspektrum. Von besonderer Bedeutung für den Einsatz und die Vermittlung von Freiwilligen sind dabei die Bereiche Selbst- und Nachbarschaftshilfe, Schule und Bildung, Freizeit und Geselligkeit, Seniorenarbeit und interkulturelle Begegnungen. Die Angebote ergänzen traditionell stark vereinsgebundene Aktivitäten im Bereich Sport und Bewegung oder Angebote von Kirchen und religiösen Organisationen. Für die Arbeit von Bildungseinrichtungen und den sozialen Zusammenhalt im Quartier leisten sie einen wichtigen Beitrag.

Das freiwillige Engagement wird dabei vor allem von zwei Gruppen getragen: älteren sowie besser gebildeten und gut situierten Bürgerinnen und Bürgern (Gesemann/Roth 2015: 38). Die organisatorischen Träger von freiwilligem Engagement in benachteiligten Stadtquartieren – so lässt sich zugespitzt formulieren – überwinden die soziale Selektivität des Engagements nicht, sondern bekräftigen sie. Für eine aufsuchende Arbeit mit engagementfernen Gruppen fehlen ihnen zumeist die Ressourcen, das Personal und der institutionell gesicherte lange Atem. Die Akteure benennen selbst als besondere Hindernisse für ihre Arbeit mangelnde finanzielle Unterstützung (77 %), hohe Belastung durch die private Situation (68 %) und die Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen (60 %).

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) langweilt zwar schon seit vielen Jahren mit der immer gleichen Forderung nach einer besseren und verlässlichen Infrastruktur für die lokale Engagementförderung, aber die vorgestellten Aussagen machen deren Dringlichkeit deutlich, wenn es darum geht die soziale Schieflage des Engagements abzubauen und es auch in benachteiligten Quartieren als Modus des sozialen Zusammenhalts zu stärken. Auch unsere damalige Forderung hat eher noch an Aktualität gewonnen: „Es kommt

vor allem darauf an, die Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum zu erweitern, eine beteiligungsorientierte Kultur des Engagements zu etablieren sowie allen gesellschaftlichen Gruppen einen gleichberechtigten Zugang zum Engagement zu eröffnen“ (Gesemann/Roth 2015: 9).

5. Veränderte Gelegenheitsstrukturen

Wenn oft wiederholte Forderungen nicht zum Zuge kommen, kann dies auch an ungünstigen Gelegenheitsstrukturen liegen. Es gab bis in die jüngste Vergangenheit keinen sozialen und politischen Druck, das „Recht auf Engagement“, für das sich u.a. Michael Bürsch nachdrücklich eingesetzt hat (vgl. Embacher/Lang 2015) auch für benachteiligte Gruppen zu unterstützen und zu verwirklichen. Schließlich schien das freiwillige Engagement auch so zu blühen – selber Schuld, wer daran keinen Anteil hat.

In jüngster Zeit haben sich aber die politischen und gesellschaftlichen Gelegenheitsstrukturen erheblich verändert.

Soziale Ungleichheiten und Armut sind als Themen gesellschaftlich anerkannt und überall präsent. Nach dem Zusammenhaltsmonitor stimmen regional unterschiedlich nur zwischen 1 und 15 % der Bevölkerung der Aussage zu, wirtschaftliche Gewinne würden gerecht verteilt, während zwischen 54 und 76 % dieser Aussage nicht zustimmen (Arant u.a. 2017: 35). Eine Mehrzahl von 52 % verneint die Aussage, die sozialen Unterschiede im Lande seien gerecht bzw. gerechtfertigt.

Mit der Trump-Wahl haben Prozesse der Renationalisierung und des Protektionismus an Gewicht gewonnen. Wie schon bei den unterschiedlichen nationalen Reaktionen auf die Finanzkrise von 2008 wird erneut deutlich, dass es sozioökonomische Alternativen gibt. Die Zeiten sind wohl endgültig vorbei, als von einem übermächtigen und „alternativlosen“ Gebot *der* Globalisierung die Rede war und damit neoliberale Landnahmen und Austeritätspolitik begründet wurden.

Schließlich haben die Wahlerfolge der AfD, die auch Nichtwähler aus abgehängten Milieus zur Wahlurne bringen konnte, eine weitere Lektion parat. Die politische Mitte kann nicht länger darauf vertrauen, dass wachsende soziale Ungleichheiten zur anhaltenden politischen Selbstmarginalisierung und Enthaltensamkeit führen. „Stumme“ und beteiligungsferne Bevölkerungsgruppen revanchieren sich dafür, dass man sie politisch rechts liegen gelassen hat, und bedrohen so das lange Zeit stabile parteipolitische Gefüge.

Nicht zuletzt deshalb häufen sich auch in den Reihen der ehemaligen Befürworter von „Hartz IV“ die Stimmen, die eine Umkehr in Richtung „solidarische Grundsicherung“ oder ein „garantiertes Grundeinkommen“ fordern. Inklusive sozialpolitische Konzepte und der Abbau sozialräumlicher Ungleichheiten schaffen es häufiger auf die politische Agenda als dies noch vor Jahren der Fall war.

Es sind solche sozialen, ökonomischen und politischen Erosionserscheinungen und Aufbrüche, die genutzt werden können, um für das Thema „Engagement und soziale Ungleichheit“ künftig größere politische Aufmerksamkeit zu finden.

Literatur

Arant, Regina/Dragolov, Georgi/Boehnke, Klaus 2017: Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

Bedorf, Thomas/Herrmann, Steffen 2016: Das soziale Band. Geschichte und Gegenwart eines sozialtheoretischen Grundbegriffs. Frankfurt/M: Campus

Blinkert, Baldo/Klie, Thomas 2018: Zivilgesellschaftliches Engagement in Deutschland und Europa. In: Klie, Thomas/Klie, Anna Wiebke (Hrsg.): Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht. Reihe: Bürgergesellschaft und Demokratie. Wiesbaden: Springer VS, 339-424

BMFSFJ (Hg.) 2017: Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Schwerpunktthema: „Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung“. Berlin: BMFSFJ

Dragolov, Georgi u.a. 2016: Social Cohesion in the Western World. What Holds Societies Together: Insights from the Social Cohesion Radar. Chur: Springer

Embacher, Serge/Lang, Susanne (Hg.) 2015: Recht auf Engagement. Plädoyers für die Bürgergesellschaft. Bonn: Dietz

Gesemann, Frank/Roland Roth 2015: Engagement im Quartier. BBSR-Online-Publikation 04/2015. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Gesemann, Frank u.a. 2018: Fallstudien zum Zusammenhalt vor Ort. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung

Heinz, Ulrike u.a. 2014: Digitales Bürgerschaftliches Engagement. Berlin: Kompetenzzentrum Öffentliche IT

Heitmeyer, Wilhelm/Imbusch, Peter (Hg.) 2005: Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag

Hoeft, Christoph u.a. 2014: Wer organisiert die „Entbehrlichen“? Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter in benachteiligten Stadtquartieren. Bielefeld: transcript

Köppl, Stefan (Hg.) 2013: Was hält Gesellschaften zusammen? Ein internationaler Vergleich. Wiesbaden: Springer VS

Projektgruppe „Frankfurter Berg“ (Roth, Roland u.a.) 1981: „Eigentlich hatten wir null Bock...“. Jugendbildungsarbeit im Stadtteil. Ein Praxisbericht. Frankfurt/New York: Campus

Projektgruppe „Neue Mitleidsökonomie“ (Hg.) 2018: Die neue Mitleidsökonomie. Armutsbekämpfung jenseits des Wohlfahrtsstaats? Bielefeld: transcript

Raley, Dave 2011: Micro-Engagement Goes Mainstream
(<https://www.nonprofitmarketingguide.com/micro-engagement>)

Roth, Roland 1997: Die Rückkehr des Sozialen. Neue soziale Bewegungen, poor people's movements und der Kampf um soziale Bürgerrechte. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (10), 2, 38-50

Roth, Roland 2000: New social movements, poor people's movements and the struggle for social citizenship. In: Hamel, Pierre/Lustiger-Thaler, Henri/Mayer, Margit (eds.): Urban Movements in a Globalising World. London: Routledge, 25-44

Roth, Roland 2005: Warum Sachsen-Anhalt zu einem Zentrum der Anti-Hartz-Protteste wurde. In: Baumeister, Hella u.a. (Hg.), Die Hartz-„Reformen“. Die Folgen von Hartz I-IV für ArbeitnehmerInnen, Hamburg: VSA, 145-156

Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hg.) 2017: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer VS

Speck, Karsten u.a. 2012: Freiwilligenagenturen in Deutschland. Potenziale und Herausforderungen einer vielversprechenden intermediären Organisation. Wiesbaden: Springer VS

Voigtländer; Leiv Eirik 2015: Armut und Engagement. Zur zivilgesellschaftlichen Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen. Bielefeld: transcript

Autor

Prof. Dr. Roland Roth lehrte bis Ende 2014 Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal. Er war sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission des Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagement“ und der Expertengruppe des 2. Freiwilligensurveys von 2004. Er ist Mitbegründer von „DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration“ und arbeitet u.a. in der Steuerungsgruppe des Arbeitskreises „Bürgergesellschaft und Demokratie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Kontakt: roland.roth1@gmx.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de